

Nur 200.000 Schilling für Zivilschutz VP „zerpflückt“ Rechnungsabschluß

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (dag). „Bilanzkosmetik“, „verzehrte Budgetwahrheit“, „kommunaler Kapitalismus“ – mit solchen Worten „zerpflückte“ gestern die Volkspartei den Rechnungsabschluß 1985 der Stadt Wien. Es sei an den falschen Stellen gespart worden. Bei der Wasserversorgung, im Baugewerbe und beim Zivilschutz habe man wichtige Investitionen verabsäumt.

Im Detail kritisierte die Wiener VP folgendes: Zur Reparatur und Sicherung der I. und II. Wiener Hochquellenwasserleitung sei kein Geld flüssig gemacht worden, notwendige Sanierungsmaßnahmen seien sowohl bei der Deponie Rautenweg, als auch bei EBS und Hauptkläranlage – trotz Garantie des Bürgermeisters – bis dato nicht durchgeführt worden. Und dies, obwohl für diese Bereiche die entsprechenden Mittel vorhanden gewesen wären.

Sträflich vernachlässigt habe man auch das desolote Wiener

Kanalnetz: „Für den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien wurde dreimal soviel ausgegeben wie für die Instandhaltung aller Kanäle“, kritisierte VP-Gemeinderat Heinz Wöber.

In Wirtschaftsbereichen wurde um 680 Millionen Schilling weniger investiert als vorgesehen. Zum Teil sei das auf eine geringere Baurate beim Neubau des AKH, zum Teil auf geringere Ausgaben beim Wohnhausbau und der Instandhaltung städtischer Wohnhäuser zurückzuführen. In der Bauwirtschaft gingen die finanziellen Einschränkungen nun auf Kosten des Wiener Bau- und Baubengewerbes und somit Tausender Arbeitsplätze.

„Es wäre enorm wichtig, die Bauwirtschaft, vor allem die Stadterneuerung, durch private Begünstigungen anzukurbeln. Man sollte steuerliche Anreize im Einkommenssteuerrecht für Mieter und Eigentümer schaffen, die ihre Althäuser sanieren wollen“, meinte Wöber. Bürgermeister Zilk

habe sich beim Finanzminister mit diesem Vorschlag bisher überhaupt nicht durchsetzen können.

Die schärfsten VP-Angriffe richteten sich gegen den Themenbereich „Katastrophenschutz“ im Rechnungsabschluß: Unter „Zivilschutz“ finde sich eine einzige Budgetpost von nur 200.000 Schilling, die nicht einmal ausgegeben wurde. „Damit können einige Seiten Papier beschrieben werden, nicht mehr. Die getroffenen Maßnahmen gehen über den normalen Feuerwehrbetrieb nicht hinaus“, merkte VP-Stadträtin Dolores Bauer kritisch an.

Experten müßten endlich haltbare Grenzwerte für eine Gesundheitsgefährdung festlegen, die nicht mehr nach „Nützlichkeit“ verändert werden dürfen. Die tatsächlichen Werte sollte man dann wie Wetter- und Wasserstandsmeldungen täglich verlautbaren. Frühwarnsysteme, Einsatzpläne und Schutzraumbauten dürften nicht länger leere Phrasen bleiben.